



(1) Zentralbank senkt die Mindestreserven für Kleinbanken

Mai 2019

Die chinesische Zentralbank (People's Bank of China, PBOC) will die Mindestreserve für kleine Banken senken und dadurch langfristig bis zu 280 Milliarden RMB (EUR 37 Mrd.) für Kredite freisetzen. Angesichts einer befürchteten Abkühlung der chinesischen Wirtschaft durch den anhaltenden <u>Handelsstreit mit den USA</u> kündigte die Zentralbank an, dass etwa 1.000 Geschäftsbanken im ländlichen Raum ab 15. Mai weniger Sicherheiten hinterlegen müssen.

Der Satz für die Mindestreserve soll – wie bei kleinen ländlichen Kreditkooperativen – <u>auf acht Prozent gesenkt</u> <u>werden</u>. Aktuell beträgt die Mindestreserve bei kleinen und mittelgroßen Banken zwischen 10 und 11,5 Prozent. Die PBOC hat seit Mitte 2018 wiederholt diese Anforderungen gesenkt, um die Liquidität zu erhöhen und die Konjunktur zu beleben. Der jüngste Schritt soll <u>die Kreditbeschaffung</u> für Klein- und Kleinstunternehmen erleichtern.

Durch staatliche Eingriffe wie die niedrigeren Reserveanforderungen blieb das chinesische Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2019 auch stabil. Die Liquiditätsausweitung könnte die Bemühungen der Regierung, gegen die hohe Verschuldung und Risiken im Finanzsystem vorzugehen, jedoch teilweise untergraben. Dennoch sind weitere Erleichterungen beim Zugang zu Krediten im aktuellen Umfeld sehr wahrscheinlich.

(2) Bosch: eine deutsche Erfolgsgeschichte in China

In einem Interview mit *Xinhua* sagte <u>Volkmar Denner</u>, <u>Vorstandsvorsitzender der <u>Bosch-Gruppe</u>, dass das <u>Unternehmen in China eine Erfolgsgeschichte sei</u>. Laut Denner habe man in den letzten Jahren den Umsatz in China mit mehr als 40 Milliarden Euro fast verdreifachen können. Man freue sich über diese Entwicklung und werde langfristig in den chinesischen Markt investieren. Das Potenzial des Unternehmens in China sieht Denner vor allem in Mobilitätslösungen, die das Fahren intelligenter gestalten.</u>

Denners Ansicht nach werden Technologieunternehmen wie Bosch von der Entwicklungsstrategie Chinas hin zu einer nachhaltigeren, innovativeren und qualitativ hochwertigen Wirtschaft profitieren. Bosch sei gut gerüstet, um den Markt mit Innovationstechnologien zu bedienen. Man begrüße außerdem Chinas Engagement für Reformen und Öffnung und die verstärkte Unterstützung ausländischer Investoren.

Mit rund 60 Millionen Euro hatte die 100-prozentige Tochter *Bosch Rexroth* in den im März begonnenen Ausbau des Bosch-Werks in Xi'an investiert. Weitere Investitionen tätigte das deutsche Unternehmen für die Werke in den ostchinesischen Städten Wuhu und Nanjing. Neben Deutschland ist China für Bosch der zweitgrößte Absatzmarkt. Hier präsent zu sein sei daher laut Denner äußerst wichtig.

Das 1886 in Stuttgart gegründete Unternehmen erwirtschaftete 2018 weltweit einen Umsatz von 78,5 Milliarden EUR. Von den rund 410.000 Mitarbeitern befinden sich rund 60.000 in China. In diesem Jahr begeht Bosch bereits das 110-jährige Jubiläum in China.







(3) Dialog zwischen den asiatischen Zivilisationen

Die *Konferenz für den Dialog zwischen asiatischen Zivilisationen* wurde am Mittwoch, den 15. Mai in Peking eröffnet. Staatspräsident Xi Jinping nahm an der Eröffnungsfeier teil und hielt dabei eine Grundsatzrede.

Nach dem zweiten Seidenstraßen-Forum für Internationale Zusammenarbeit und der Internationalen Gartenbau-Expo 2019, welche eine Woche zuvor Woche eröffnet wurde, handelte es sich um eine dritte, internationale Veranstaltung, die China binnen kurzer Zeit ausgerichtet hat. Regierungsvertreter aus 47 asiatischen Ländern und einigen andern Ländern außerhalb der Region sowie mehr als 2.000 Persönlichkeiten aus Bereichen wie Kultur, Film, Bildung, Denkfabriken, Medien und Tourismus nahmen an der Eröffnungsfeier und an parallel laufenden Foren teil.

(4) Trump schließt Huawei-Handys aus den USA aus

Am 15. Mai erließ Donald Trump einen Exekutivbefehl, der den nationalen Notstand ausrief. Alle Technologien und Dienstleistungen von "ausländischen Gegnern", die "inakzeptable Risiken" für die nationale Sicherheit der USA darstellen, sollen demnach boykottiert werden. China Daily interpretiert diesen Schritt als gezielten Angriff der USA auf Huawei, durch den das chinesische Unternehmen aus amerikanischen Netzwerken ausgeschlossen werden soll. Washington wirft Huawei vor, dass seine Geräte eine Sicherheitsbedrohung darstellen. Beweise dafür wurden bislang hingegen nicht vorgelegt.

Der Einsatz staatlicher Macht zur Schwächung ausländischer Unternehmen gefährde laut *China Daily* nicht nur Fairness und Gerechtigkeit im Welthandel, sondern bedrohe auch die Sicherheit von 5G-Netzwerken. *Huawei* sagte in einer Stellungnahme, dass die Einschränkung des Unternehmens die USA weder sicherer noch stärker machen würde. Einschränkungen führten lediglich dazu, dass die USA minderwertigere und teurere Alternativen einsetzen müssten, die wiederum anfälliger für Angriffe von Kriminellen und Terroristen seien. Die jüngste Anordnung sei politisch motiviert und basiere nicht auf Sicherheitsaspekten.

Man sei ferner bereit, ein "*No-Spy*"-Abkommen mit einzelnen Ländern zu unterzeichnen, so *Huawei*. Dadurch erhoffe man sich einen Weg aus der aktuell misslichen Lage. Die Sicherheit von 5G-Netzen sei eine technische Frage, die auch so behandelt werden müsse. Sicherheitsprinzipien sollten wiederum auf belegbaren Tatsachen beruhen und nicht auf der politischen Ideologie oder dem Herkunftsland eines Anbieters.

Nach dem Erlass des Exekutivbefehls durch Trump hatte das amerikanische Unternehmen *Google* am 20. Mai angekündigt, *Huawei* in Übereinstimmung mit der US-Regierung den Zugang zu Updates seines Android-Betriebssystems und einigen weiteren mobilen Diensten zu verwehren. *Huawei* erklärte später, dass es weiterhin für alle bereits verkauften Smartphones und Tablet-Produkte Sicherheitsupdates und After-Sales-Dienste zur Verfügung stellen werde. Inzwischen hat das amerikanische Handelsministerium bekannt gegeben, dass es *Huawei* eine 90-Tage-Lizenz erteilt, um bestehende Netzwerke zu erhalten und Software-Updates für bestehende *Huawei*-Handys bereitzustellen.

Am 21. Mai äußerte sich Gründer und CEO von *Huawei*, Ren Zhengfei, zu dem US-Verbot, 5G und Nutzerrechten. Man sei den USA dankbar für all das, was sie in der Vergangenheit für das Unternehmen getan hätten. Viele ihrer Berater kämen aus amerikanischen Unternehmen wie IBM. Zu der 90-Tage-Lizenz sagte Ren, dass diese







nicht viel Bedeutung habe. Man könne Chips genauso gut, wie US-Unternehmen produzieren. Das bedeute aber nicht, dass man amerikanische Chips zukünftig ausschließen werde. Im Gegenteil, es sei wichtig, sich zusammenschließen. Im Falle eines Engpasses habe man so eine Absicherung. Die Hälfte der Chips käme von US-Unternehmen, die andere Hälfte von *Huawei*. Man dürfe sich nicht von der Welt isolieren.

Der 5G-Plan sei laut Ren nicht gefährdet. Niemandem werde es in den nächsten zwei bis drei Jahren gelingen, *Huawei* hinsichtlich der 5G-Technologien einzuholen. Mit Europa, wo sich einige 5G-Funktionen sehr gut anbieten würden, stehe man in engem Kontakt.

Aufgrund der guten Vorbereitungen werde man durch die jüngsten Maßnahmen keine extremen Engpässe durchlaufen müssen. Die aktuellen Schwierigkeiten könnten China ganz im Gegenteil dazu anspornen, seine eigene Elektronikindustrie weiterzuentwickeln. Geld spiele dabei nur eine untergeordnete Rolle. Fachkräfte, insbesondere Mathematiker und Physiker, seien notwendig, um den Chip-Sektor voranzutreiben. Auch seien globale Fachkräfte gefragt. Sich allein auf Chinas Innovationen zu verlassen, sei schwierig.

Zum Schluss warnte Ren davor, sich angesichts der jüngsten Entwicklungen von nationalistischen Strömungen hinreißen zu lassen.

(5) AHK-Umfrage ergibt: Binnennachfrage — Wachstumsmotor und größtes Risiko im China-Geschäft

Die Wirtschaftsstruktur Chinas verändert sich weiter und der Dienstleistungssektor wächst seit geraumer Zeit schneller als der Primär- und Sekundärsektor. Die erneut gestiegene Investitionstätigkeit, die vor allem auf Stimulierungsmaßnahmen der chinesischen Regierung zurückzuführen ist, relativiert diese Entwicklung aber aktuell.

Chinas Einzelhandelsumsätze haben sich, trotz einer leichten Gegenbewegung im März spürbar abgeschwächt. Die Automobilverkäufe in China schrumpften 2018 erstmals seit den 1990er Jahren und erreichten im ersten Quartal 2019 ein Minus von rund 11 Prozent. Die Binnennachfrage – seit langem zentraler Wachstumstreiber – gilt für mehr als jedes zweite deutsche Unternehmen inzwischen auch als größtes Risiko im China-Geschäft. Dies ergab eine aktuelle Blitzumfrage der Deutschen Handelskammer unter Mitgliedsunternehmen in ganz China und über alle Branchen hinweg.

Die deutsche Automobilindustrie, für die China der wichtigste Einzelmarkt ist, dürfte es freuen, dass chinesische Behörden nun auch den Autokonsum stimulieren wollen. So beabsichtigt man beispielsweise, gewisse Einschränkungen bei der Nummernschildvergabe in chinesischen Großstädten aufzuheben, um Autokäufe anzukurbeln. Die von der Industrie geforderte Halbierung der Umsatzsteuer wurde bislang allerdings nicht umgesetzt.

(6) Neuer Rekord bei Hochschulabsolventen stärkt Städte des zweiten und dritten Ranges

Die Anzahl an Hochschulabsolventen in China wird Angaben des Bildungsministeriums zufolge mit 8,34 Millionen in diesem Jahr einen neuen Rekord erreichen. Gemäß der *Beijing Municipal Education Commission*





China Report Mai 2019

haben im vergangenen Jahr rund 231.000 Studierende einen Abschluss in Peking gemacht. 37,5 Prozent von ihnen entschieden sich dazu, außerhalb der Hauptstadt eine Arbeit zu suchen.

Die Lage auf dem chinesischen Arbeitsmarkt wird immer angespannter und der Kampf um eine passende Stelle immer härter. Großstädte wie Peking, Shanghai und Guangzhou werden für viele Absolventen aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten und dem starken Druck auf dem Arbeitsmarkt immer unattraktiver. Die Städte des zweiten und dritten Ranges sowie die sogenannten neuen Städte ersten Ranges wie Chengdu, Hangzhou und Wuhan werden als Folge immer attraktiver und gehen aus diesem Trend als Gewinner hervor.

Gemäß der Online-Rekrutierungsplattform *Zhaopin* planen in diesem Jahr 44 Prozent der Hochschulabsolventen, einen Job in einer der neuen Städte ersten Ranges zu finden, während nur 30 Prozent von ihnen in Peking, Shanghai oder Guangzhou bleiben wollen. Neben den hohen Lebenshaltungskosten sind es auch andere Aspekte, die die Absolventen in die neuen aufstrebenden Städte zieht. Städte wie Hangzhou weisen hohe Entwicklungspotentiale auf, zum Beispiel im Bereich High-Tech. Außerdem werben diese Städte mit einer bevorzugten Aufenthaltspolitik und finanziellen Anreizen. Die Stadt Zhenjiang in Jiangsu verspricht Absolventen etwa einen Bonus zwischen 150.000 und 200.000 RMB für Hauskäufe, nachdem sie drei Jahre lang in der Stadt gearbeitet haben. Die Stadt Haikou auf der Insel Hainan lockt mit Mietsubventionen von 1.500 RMB pro Monat.

Ministerpräsident Li Keqiang erklärte am 13. Mai, dass der Beschäftigungsdruck in diesem Jahr stark ansteigen werde. Die Förderung der Beschäftigung, insbesondere von Hochschulabsolventen, sei jedoch von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Sicherheit des Landes. Die Regierungen auf allen Ebenen haben inzwischen Gesetze zur Reduzierung diskriminierender Praktiken arbeitssuchenden Absolventen gegenüber erlassen. Das *Ministerium für Humanressourcen und soziale Sicherheit* hat zum Beispiel im Februar erklärt, dass es den Arbeitgebern nicht gestattet sei, Positionen auf Grundlage des Geschlechts oder des Familienstands zu definieren. Das Bildungsministerium forderte Hochschulen ferner dazu auf, verstärkt Rekrutierungsaktivitäten innerhalb der Hochschulen durchzuführen und diskriminierende Informationen in Bezug auf Geschlecht, Nationalität und Hochschulniveau zu verbieten.

Informationen zu unserem Fonds "FIVV-MIC-Mandat-China" erhalten Sie hier.

Kontakt:

FIVV AG Herterichstraße 101 Telefon +49 89 374100-0 Telefax +49 89 374100-100 www.fivv.de





China Report

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.